



Ende der Fahnenstange ist erreicht

KALKWERK Stromberg befürchtet Sprengungen, Lärmbelästigungen und Verkehr bis 2017

STROMBERG. Schon seit längerem schwelen in der Stadt Stromberg Verärgerung und Unsicherheit darüber, wann das Kalkwerk tatsächlich seine Pforten schließt und den Betrieb einstellt. Dem Antrag der Betreiberfirma auf Tiefergrabung im Hunsfels hatte die Kreisverwaltung zugestimmt, woraufhin die Stadt ein Klageverfahren gegen diese Zustimmung einleitete. Dieses ist zwischenzeitlich beendet und ging zu Ungunsten der Stadt aus. Das Urteil samt Begründung liegt Stadtbürgermeisterin Klarin Hering vor.

Frau Hering, wieso hat die Stadt das Gerichtsverfahren verloren?

Das Verwaltungsgericht kam im Rahmen der Abwägung dazu, dass die Belange der Firma Gaul höher einzuschätzen

INTERVIEW

sind. Es war uns von Anfang an klar, dass es sehr schwierig für die Stadt wird, diesen Rechtsstreit für sich zu entscheiden. Denn das Eigentum der Bürger, welches wir schützen wollten, können wir rechtlich eigentlich gar nicht. Es hätte die Sache sicher vereinfacht, wenn viele einzelne Bürger eine Klage eingereicht und ihre Rechte eingeklagt hätten.



Stadtbürgermeisterin Klarin Hering zieht negative Schlüsse aus dem verlorenen Rechtsstreit.



Im vorderen Steinbruch, dem Hunsfels, werden nach dem verlorenen Rechtsstreit die Tiefergrabungen wohl noch mindestens bis 2017 gehen. Zumindest wird der Gollenfels (hinten im Bild) künftig nur noch verfüllt.

Fotos: Benjamin Hilger

Wie soll es nun weiter gehen, wird die Stadt weiter klagen?

Nein. In nichtöffentlicher Sitzung des Stadtrates wurden das Gerichtsurteil besprochen und die Gründe des Gerichts analysiert. Unser Rechtsanwalt teilte dem Stadtrat mit, dass er in weiteren Verfahren keine Aussicht auf Erfolg sieht. In der Abstimmung enthielten sich zwar einige Ratsmitglieder der Stimme, allerdings schloss sich die Mehrheit des Gremiums der Ansicht des Anwalts an. Einen aussichtslosen Rechtsstreit fortzuführen, würde die Stadt am Ende nur viel Geld kosten.

In einem Leserbrief der WGS-Fraktionsvorsitzenden wurde bemängelt, dass nicht genügend Gutachten eingeholt worden wären.

Auch Gutachten kosten Geld, wenn diese Gutachten von fachlich kompetenter Seite als nicht gewinnbringend im Rechtsstreit angesehen werden, bringt es nichts, dafür viel Geld zu investieren. Die WGS-

Fraktionsvorsitzende stellte mit diesem Leserbrief nach außen dar, dass nur wegen Gutachten, die die WGS forderte, das Verfahren verloren ging, was definitiv falsch ist. Mich wunderte es sehr, dass Frau Klauer schon über die gerichtliche Begründung urteilte, noch bevor ihr diese vorlag. Erst im Zuge der Ratssitzung bat die WGS darum, eine Kopie des Urteils zu erhalten.

Was bedeutet das nun für die Stadt?

Sprengungen, Lärmbelästigungen, Verkehr bis mindestens 2017. Die Betreiberfirma hat das Recht, bis auf 175 Meter über NN den Hunsfels auszubeuten. Bis 2017 läuft die Genehmigung.

Und nun?

Jetzt haben wir die Konsequenzen zu tragen. Kalk wird auch weiterhin abgebaut, aber ohne die möglichen Einnahmen, die kommen konnten. Auch diese Situation ist der Ausfluss aus der Ratsentscheidung vor einigen Jahren. Es

geht nun aber nicht darum, den damaligen Kalkwerksgegnern aufzuzeigen: Seht, was ihr nun davon habt. Alle Stadtratsmitglieder, auch jene, die seinerzeit für die Erweiterung stimmten, sprachen sich gegen die Tiefergrabung aus. Trotz leerer Kassen wurde das Rechtverfahren mit unserer schlechten Rechtsposition durchgeführt, um uns vor die Bürger zu stellen und deren Belange zu schützen. Wir hätten auch weiter gemacht, wenn es Aussicht auf Erfolg gehabt hätte.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir am Ende der Fahnenstange angelangt sind und uns zu neuen Ufern aufmachen. Jedoch muss dieses ohne Ignoranz und vor allem unter Berücksichtigung der Haushaltslage erfolgen.

Neben der Tiefergrabung hatte die Firma Gaul auch beantragt, zwei mobile Brecheranlagen aufstellen zu dürfen.

Genau. Dem ersten Antrag zur Aufstellung der Anlagen im Hunsfels und im Gollenfels

haben wir widersprochen, da unserer Ansicht nach das falsche Verfahren gewählt wurde und zudem die Rekultivierungsvorgaben im Gollenfels gefährdet waren. Nach unserer negativen Stellungnahme hat Gaul den Antrag für den Gollenfels zurückgezogen. Das war zumindest ein Teilerfolg für die Stadt, da im Gollenfels nun nur noch rekultiviert wird. Stattdessen will Gaul jetzt beide Anlagen im Hunsfels aufstellen. Die Kreisverwaltung stimmt dem Anliegen der Firma zu und fordert die Stadt nun auf, Einvernehmen für die Aufstellung herzustellen. Doch wir sind auch weiterhin der Ansicht, dass das Verfahren falsch gewählt wurde. Denn auch die Bürger sollten ihre Bedenken zur Aufstellung der Brecheranlagen einbringen können. Immerhin entsteht durch die Anlagen eine Lärmbelastigung und durch die höhere Produktion auch mehr Verkehr.

Die Fragen stellte Benjamin Hilger